

Einen weiteren Schwerpunkt der Untersuchungsarbeit bildete das Vorgehen gegen die Exponenten des politischen Untergrundes zur Unterbindung der Herstellung und Verbreitung der Untergrundschrift "Grenzfall", die seit Juni 1986 monatlich mit der erkennbaren Zielstellung herausgegeben wurde, feindlich-negative Kräfte im Innern der DDR zu einer ideologisch einheitlich ausgerichteten Opposition zu formieren.

Hierzu erfolgte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß § 218 StGB gegen Unbekannt, auf dessen Grundlage am 24. 11. 1987 in Anwesenheit eines Vertreters der Generalstaatsanwaltschaft der DDR die Durchsuchung der Kellerräume der Zionskirchgemeinde in Berlin-Prenzlauer Berg sowie die Einleitung von Ermittlungsverfahren nach § 218 StGB gegen 4 dort auf frischer Tat bei Druckarbeiten angetroffene Personen und die Beschlagnahme von Druck- bzw. Kopiertechnik vorgenommen wurde.

Mit ihrem vorgenannten Vorgehen offenbarten die Exponenten des politischen Untergrundes im Berichtszeitraum erneut ihr Bestreben,

- die Kontakte zu antisozialistischen Kräften in anderen sozialistischen Staaten weiter auszubauen und zu festigen,
- durch zunehmende Druckausübung auf die staatlichen Organe der DDR und deren Entscheidungsfindung einen Handlungsspielraum als innere Opposition zu erzwingen und
- durch eine zunehmende demagogische Tarnung als sogenannte Initiative für Frieden und Menschenrechte "internationale Solidarität" zu erheischen.

Dabei wurde außerdem ein enges Zusammenwirken von äußeren und inneren feindlichen Kräften darin deutlich, daß bei allen von Exponenten politischer Untergrundtätigkeit vorgetragenen politischen Provokationen unmittelbare Aktivitäten von Vertretern westlicher Massenmedien wie "Stern", "dpa", "Spiegel",